

EINGANG: 09.10.2014

21.09.2015

Herrn Landrat
Michael Busch
Lautererstr. 60
96450 Coburg

Antrag zur nächsten Sitzung des Coburger Kreistages

Einrichtung eines Rechtshilfefonds, einer bunten Hilfe

Im Jahr 2014 ist eine Steigerung rechtsextremistischer Straftaten um 25 Prozent auf fast 1000 eingetreten. Wieder brennen Flüchtlingsheime in Deutschland Ost und West. Diese Entwicklung erfordert von allen politischen Gremien ein klares Bekenntnis gegen jegliche rechtsradikale Aktivitäten in Deutschland.

Gefragt und gefordert ist Zivilcourage der Bürger. Aktives Handeln gegen Rechtsradikale wird häufig mit juristischen Angriffen durch deren Rechtsanwälte gekontert. Um der Bedrohung von Aktivitäten gegen Rechtsradikale durch deren Anwälte etwas entgegen setzen zu können, regen wir die Gründung eines Rechtshilfefonds, einer "bunten Hilfe" an.

Zu diesem Zweck könnte ein Spendenkonto/Rechtshilfefond eingerichtet werden, dass z.B. von dem „Netzwerk für Menschenrechte und Demokratie“ verwaltet wird. Vorrangig sollten Erstberatungen durch einen Anwalt finanziert werden, Kosten ca. 200-300 Euro pro Beratung. Ein Vergabeausschuß bestehend z.B. aus Landrat, Kreisräten, Vertretern von Kirchen und Glaubensgemeinschaften etc. sollte die Anträge vor der Bezuschussung prüfen – dies könnte ggf. auf den ähnlich aufgestellten Sprecherkreis des „Netzwerks für Menschenrechte und Demokratie“ übertragen werden. Die Beurteilung durch einen beauftragten Rechtsanwalt kann zur Kostenabschätzung des weiteren Verfahrens für den Antragsteller dienen. Für den konkreten Einzelfall sollte die Möglichkeit geschaffen werden, Spendenaufrufe zu starten um die weiteren Verfahrenskosten des Antragstellers decken zu können.

Bei den Gerichten existieren Listen, in denen sich gemeinnützige Institutionen registrieren lassen können um bei der Verteilung von Geldstrafen oder Bußgeldern Berücksichtigung finden zu können. Diese Möglichkeit sollte genutzt werden.

Der Rechtshilfefond/Spendenkonto könnte als Treuhand/Verwahrkonto beim Landkreis Coburg geführt werden.

Wir bitten die Verwaltung einen entsprechenden Beschluss zu formulieren und diesem dem Kreistag zur Beschlussfassung vorzulegen.

mit Hinterlegung bereits besprochen!

Seul Kersch